

# „Kabel muss komplett unter die Erde“

**STROMTRASSE** Kreistag gibt Bürgerinitiativen bei Debatte um 380-kV-Trasse weiter Rückendeckung

Einstimmig wurde eine entsprechende Resolution verabschiedet. Sollten Gemeinden klagen, beteiligt sich der Kreis.

VON STEFAN IDEL

**LANDKREIS** – Mit Nachdruck fordert der Landkreis Oldenburg weiterhin die volle Erdverkabelung der 380-kV-Hochspannungstrasse zwischen Ganderkesee und St. Hülfe (Kreis Diepholz). Einstimmig verabschiedete der Kreistag in seiner Sitzung am Dienstag einen entsprechenden Appell

an das Unternehmen Eon-Netz. Zwar begrüßte der Kreistag die bisherigen Bemühungen der Firma sowie von Bund und Land, etwa 56 Prozent jener insgesamt 28 Kilometer, die durch den Landkreis verlaufen, unterirdisch zu verlegen. Diese Lösung sei jedoch nicht ausreichend.

In der Debatte hatten Redner aller Fraktionen den unermüdlichen Einsatz der Bürgerinitiativen für eine Erdverkabelung gelobt. „Sie haben es verdient, dass sich der Kreistag weiter für das Erdkabel einsetzt“, sagte Landrat Frank Eger. Falls die Gemeinden gegen das Planfeststellungsver-

fahren klagen, werde sich der Kreis an den Kosten beteiligen. Eger meinte, Niedersachsen sei mittlerweile „Transitgebiet für Strom“. Heinz Brigant (SPD) prognostizierte, dass auch der Bau zusätzlicher Windparks in der Nordsee nicht ohne Auswirkungen auf das Leitungsnetz in Norddeutschland bleiben werde.

Angelika Brunkhorst (FDP) wies darauf hin, dass Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) mit dem „Energieleitungsausbaugesetz“ das niedersächsische Erdkabelgesetz „einkassiert“ habe. Es gebe zwar noch vier Pilotprojekte, darunter die Trasse Gan-

derkesee – St. Hülfe, doch die Politik sei auf die Kooperation mit der Eon angewiesen.

Martin Brinkmann (Grüne) lobte ebenso wie Otto Sackmann (UWG) das Votum des Kreistags. Günther Westermann (CDU) wies auf die hohen Kosten der so genannten Umsetzer hin, in denen das Erdkabel aus dem Boden tritt. Diese Betriebsstätten seien aus Gründen des Landschaftschutzes eine Zumutung und verteuerten die Trasse. CDU-Fraktionschef Hans-H. Hubmann sagte, die Freileitungen gefährdeten Leib und Leben von Menschen. Der Staat stehe in der Pflicht, seine Bür-

ger zu schützen.

Einstimmig verabschiedete der Kreistag eine entsprechende Verordnung zur Änderung der Taxi-Tarife. Danach steigt der Grundbetrag von derzeit 2 Euro auf 2,20. Beim Einsatz eines Großraumtaxi (mindestens sechs Fahrgäste) ist ein Zuschlag von 5,20 Euro fällig. Das Entgelt für die Fahrleistung wird nach Fahrzonen gestaffelt. An Werktagen berechnen die Taxifahrer künftig beispielsweise ab der Zehn-Kilometer-Grenze 1,30 Euro pro Kilometer. Eger wies darauf hin, dass die letzte Tarifierhebung fünf Jahre zurückliegt.